

# KOMMUNALPOLITIK - LANDESPROGRAMM



Veröffentlicht am 17. April 2004

Tags: [Kommunalwahl](#), [Programm](#)

## Beschluss des Landesparteitages Vorwort

Die FDP sieht in der Kommunalpolitik die Chance, die Bürger zu empfangen und zu beraten, die ihr unmittelbares Lebensumfeld prägen. Hier, wo die Menschen wohnen, arbeiten, sich bilden und erheben, prägt ihre Lebensqualität maßgeblich.

Trotz oder gerade wegen leerer Kassen ist die kommunale Finanzierungslage für die FDP in Sachsen-Anhalt ein breites künftiges Betätigungsfeld gegeben.

Liberaler Politik fördert jeder Bürger die eigene Hilfe und ruft auf zur aktiven Mitgestaltung der gesellschaftlichen Angelegenheiten.

Im April 2004 hat der Landesparteitag die folgenden liberalen Schwerpunkte und Thesen verabschiedet. Sie werden die Grundsätze liberaler Bürgerpolitik vorgestellt und mit Konkrete Maßnahmenvorschläge unterbreitet bzw. Forderungen, die im Rahmen kann in den Kreisverbänden mit konkreten Vorschläge der örtlichen Probleme ausgefüllt und ergänzt werden.

Das Programm hat in allen Gemeinden dieselbe Bedeutung. Nicht jede

Forderung angesichts bekannter knapper Kassen hohe Priorität genommen werden muss. Dies macht unkonventionelle Maßnahmen und Maßnahmen notwendig, die nicht aber an Ideologien ausgerichtetes Denken und Handeln voraussetzen.

Die Kandidaten der FDP sind sich bewusst, dass es Verstand, Augenmaß und Mut die Grundsätze liberaler Politik in der kommunalen Ebene und ihrer Bewohnerrinnen und Bewohnern gegenüberzusetzen gilt.

Geben Sie uns daher Ihre Stimme! Die FDP setzt sich für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik im Interesse der Bürger und der Kommunen ein.

Unabhängig von den schlechten Rahmenbedingungen, die die Kommunen durch die Verpflichtung jeder Gemeinde, mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger sorgfältig und sparsam umzugehen und den größtmöglichen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger zu erzielen.

Dabei kann die Haushaltslage nicht durch die Erhöhung der Gebühren verbessert werden. Kurzfristigen Einnahmestellen stehen langfristig negative Folgen gegenüber. Die schon jetzt zu hohe Belastung der Bürger und der Unternehmen durch Steuern und Abgaben wird weiter erhöht werden, ohne dass die Wirtschaftskraft gesteigert werden kann. Dies führt zu Mindereinnahmen.

Ebenso wenig hilft die Flucht in neue Schulden. Die hohen Zinsen für Zins- und Tilgungsleistungen erdrücken die Kommunen. Die Gemeinden für die Zukunft.

Die FDP fordert:

- Die Gemeindefinanzreform muss den Weg zu bringen, bisher wurde sie von der Bundesregierung betrieben. Die Gemeinden brauchen endlich eine verbindliche und stetige Finanzausstattung, um dem Prinzip der Lastenverteilung gerecht werden zu können. Die Finanzreform nicht in absehbarer Zeit auf den Weg der kommunalen Selbstverwaltung zu treffen, damit die Kommunen besser Rechnung tragen.
- Die kommunale Selbstverwaltung und Gemeindefinanzreform gehören zusammen. Es ist eine Rückverlagerung von Kompetenzen an die

Länder und Kommunen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sowie eine klare Regelung der Kompetenzen von Bund, Ländern und Kommunen vorzunehmen. Die Wirtschaft müssen sie weitestgehend selbstverantwortlich und unabhängig sein. Durch die Neufassung des Grundgesetzes muss die Steuerverantwortung der jeweiligen Gebietskörperschaften voneinander getrennt und die Umverteilung über den Bund und die Länder ein Minimum beschränkt werden.

- Haushaltsbeschlüsse sind eminent politisch, deshalb sind sie auch vorrangig im politischen Rat der Bürger zu treffen. Oftmals anzutreffenden Dominanz der Verwaltung bei der Aufstellung von Haushalten ist Einhalt zu gebieten, die Bürger sollen wieder mehr Einfluss auf die Finanzströme ausüben. Eine Beteiligung sowohl der Gemeinderäte als auch der Bürgerschaft in so wichtigen Angelegenheiten sichert eine adäquate Mitwirkung.
- Städte und Gemeinden brauchen eine eigene und effektive Verwaltung. Diese muss für die Bürger nachvollziehbar sein.
- Die Gewerbesteuer ist vollständig abzuschaffen. Sie ist ein wettbewerbs- und damit arbeitsplatzfeindliches Element in unserem hochkomplizierten Steuersystem. Als Ausgleich für die Städte und Gemeinden stärker als bisher an der Körperschaftsteuer – durch eigene Erhebung bei entsprechender Reduzierung beim Bund und beim Land – teilhaben. Der Verhandlungsspielraum für Kommunen erhöht, ohne die Bürger bisher zu belasten.
- Die gesamte Verwaltung muss auf die nötigsten Institutionen, auf Einsparmöglichkeiten und auf Transparenz hin untersucht werden. Insbesondere sind die Verwaltungsebene und Einrichtungen auf Privatisierung hin zu überprüfen.
- Bei allen Aufgaben zu prüfen, ob die Aufgaben wirklich vom Staat (Gemeinde) wahrgenommen werden müssen oder von privaten Kräften, insbesondere aus dem örtlichen Mittelstand, übernommen werden können. Besonders die kommunalen Aufgaben hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Zugehörigkeit zum kommunalen Verwaltungsbereich zu überprüfen.

- Bei der Budgetierung ist streng auf die Folgekosten wie Bewirtschaftung, Instandhaltung und Personalbedarf zu achten.
- Aufgaben sollten nur dann auf andere Träger übertragen werden, wenn die zukünftigen Betriebskosten unter den bisherigen eigenen Aufwendungen liegen.
- Das für die Aufgabenbewältigung nicht zwingend notwendige Vermögen muss zur Haushaltskonsolidierung herangezogen werden. Beteiligungen und Grundvermögen sind gegebenenfalls zu veräußern, wenn die dadurch erfolgende Schuldentilgung die Einsparungen einspart, ansonsten Einnahmen durch sie zu realisieren und die Entwicklungspotentiale für Mehrwert zu nutzen.
- Im Wege der Budgetierung können für Schulen, Kitas, Jugendeinrichtungen, Kultur- und sonstige Einrichtungen Haushalte gebildet werden. Den selbst verwalteten Budgetstellen wird ein Teil der erwirtschafteten Einsparungen – auch übertragener – zugewiesen – zur eigenen Verwendung verbleiben, der Rest wird an die fachlich zuständigen Mitarbeiter auch die Verantwortung übertragen haben, wird eigenverantwortliches Handeln zur Haushaltskonsolidierung.
- Das Prinzip der Haushaltstransparenz muss eingehalten werden. Die Haushalte müssen für den Bürger lesbar sein. Es müssen auch die finanziellen, oft langfristigen Auswirkungen deutlich gemacht werden, die im Zusammenhang mit der Stadt- und Kreiskonzerne bestehen.
- Die kaufmännische Buchführung und die Kontrollrechnung muss auf allen Gebieten der Verwaltung eingeführt werden, damit Transparenz und Effizienz geschaffen und die Verschwendung vorgebeugt wird.
- Die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Kommunen und Regionen muss gestärkt werden. Anwohnervereine und Kultureinrichtungen können gemeinsam die Fahrzeuge gemeinsam kostengünstiger beschaffen. Die Verknüpfung touristischer Angebote ist eine Zielvorgabe, die notwendig ist. Das Prinzip muss sein, die Zusammenarbeit zu entwickeln, statt überall dasselbe Einerlei zu

- Städte und Gemeinden abzuschließen in dem vorab genannten Sinne. Die Einführung der ÖPNV zur Beteiligung der Umlandgemeinden ist an genau demselben Prinzip der ÖPNV zu prüfen.
- Der ÖPNV ist in der Lage, die Anlegungsmöglichkeiten von benachbarten Gemeinden zu prüfen.
- Zur Sanierung der Hinführung der weiteren nachfolgende Wege / Maßnahmen durchzuführen:
  - Anwendung neuer Finanzierungsformen in Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft (Public-Private Partnership)
  - besseres Finanzmanagement
  - Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien
  - Energieeinsparungen durch innovative Konzepte

## Wirtschaftsförderung

Für die FDP ist kommunale Wirtschaftsförderung, die zu der Ansiedlung von Unternehmen, der Stärkung des ansässigen Handwerks und der Existenzgründungen von Unternehmen sowie zu Existenzgründungen beiträgt, als ein wichtiger Bestandteil der Arbeitsmarktpolitik, die zu mehr Beschäftigung führt und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schafft.

Die Wirtschaftsförderung in den Kommunen kann sich auf drei Säulen:

- Bestandspflege: mit den Unternehmen in der Region ein ständiger Kontakt aufrechterhalten werden. Auch wenn es selbstverständlich nicht Einfluss auf unternehmerische Entscheidungen ausüben kann, ist das Augenmerk auf mögliche Standortbedingungen für die Unternehmen zu legen. Beispielsweise die Verfügbarkeit von Grundstücken in Gewerbegebieten, möglicherweise auch die Höhe der Gewerbesteuer. Auch wettbewerbsfähige Preise für Gewerbeimmobilien haben großen Einfluss auf die Situation der Unternehmen. Wachstumswettbewerbe bzw. Prämierungen von Unternehmen sind erfolgreiche Anreize für die Unternehmen, um sich besser zu platzieren. Ein wichtiges Thema ist das Angebot von einer ausreichenden Anzahl gut ausgebildeter

Arbeitsplätze und die Funktionsfähigkeit von Berufsschulen ein besonderes Anliegen.

- Werbung und Investorenwerbung ist verstärkt auf die interkommunale Ebene zu orientieren, es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass lokale Initiativen erfolgreicher sind als lokale und vereinzelt. In der Regel nur sehr eingeschränkt Wirkung zeigen. Außerdem ist dies reich erwiesen, nicht pauschal, sondern zielgerichtet. Die Werbung des Unternehmensstand ausgerichtet Werbung um Investitionen im Kontext zu den vorhandenen Unternehmen stehen.
- Förderung von Existenzgründungen. Im jüngsten Wirtschaftsgutachten ist die unternehmerische Kultur in unserem Bundesland nur unzureichend ausgebildet. Die Anstrengungen zur Erhöhung der unternehmerischen Kultur. Dazu wurde u. a. die „ego“-Initiative ins Leben gerufen. Die Betreuung und Qualifikation von Existenzgründern zu. Das Bild des Unternehmers muss in der Öffentlichkeit Wandel erfahren.

Die FDP setzt sich für Deregulierung und Bürokratieabbau ein, um mit flexiblen und schnellen Entscheidungsstrukturen Aniedlungen und Existenzgründungen zu beschleunigen. Die Verwaltungsverfahren zu beschleunigen.

Die straffe Koordinierung von Genehmigungsverfahren bei Aniedlungen bringt Effizienz- und Zeitgewinne für die Wirtschaft. Die Aniedlungen unerlässlich. Moderne und bürgerfreundliche.

Die Verwaltungen der Städte und Gemeinden sind Dienstleister für die Bürger. Sie müssen sich nach deren Bedürfnisse. Die Verwaltungsvorgänge so gestalten, dass sie bürgerfreundlich sind. Die Bürger können moderne und sparsame Dienstleistungen. Die Bürger können modernen Management-, Steuerungs- und Haushaltsverfahren. Damit können die Leistungen bei gleichem Niveau. Die Nutzung des Internets kann, insbesondere im

ländlichen Bevölkerung die Möglichkeit ermöglichen.

Die FDP fordert:

- Es sind Bürgerbüros zu errichten – einzurichten. Besonders dort, wo der Weg zum Amt schwer ist, sind dezentrale Bürgerbüros für den Bürger eine Anlaufstelle für alle Fragen und Verwaltungsangelegenheiten. Die bisher übliche „Behördenrallye“ bleibt ihnen erspart.
- Alle Bürger, auch Unternehmer, werden auf Wunsch „zu Hause abgeholt“, und zwar an den Orten, wo sie leben. Die Abwicklung von staatlichen Dienstleistungen wird so erspart Behördengänge.
- Nur durch Konzentration auf die notwendigen Aufgaben wird es gelingen, die kommunalen Bediensteten besser zu bezahlen. Nur wenn der Bürger und seine Bedürfnisse einzusetzen. Bürgerfreundlichkeit und Sprechzeiten sind eine unerlässliche Voraussetzung für eine dienstleistungsorientierte Ausrichtung der Verwaltung.
- Bürgerschaftliches Engagement im Sinne der Eigenverantwortung der Bürger ist zu unterstützen. Die Verhaltensweisen von Behörden dagegen zu kritisieren.
- Nicht nur wegen der knappen werden, sondern auch wegen dieses liberalen Verständnisses von Verwaltung. Insbesondere in solchen Bereichen wie Kultur, Sport und Jugend zu stärken. Zur Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben das ehrenamtliche Element unverzichtbar. Nicht immer ist Verwaltungshandeln die hohe Bedeutung des Ehrenamts. Es ist ein großer Handlungsbedarf.
- Bei der Prüfung von Vorhaben ist bei aller unbestrittenen Notwendigkeit das Verhältnis zum angestrebten Ergebnis genau zu betrachten. Die Hürden müssen kritisch hinterfragt und gegebenenfalls abgebaut werden.

Bildung

Ausgaben für Investitionen in Köpfe – und damit in unsere

Die FDP setzt sich für die Vielfalt der Schultypen in den Kommunen ein, die den Schülern und Schülerinnen ein breites Spektrum und Wahlmöglichkeiten bietet und dem allgemeinen Schulpflicht in der Regel entgegensteht.

Den einzelnen Schulen sollte der nötige Spielraum eingeräumt werden, in eigener Zuständigkeit finanzielle Entscheidungen zu treffen, zu verplanen und auszugeben.

Schulen in freier Trägerschaft leisten einen wichtigen Beitrag der pluralistischen Gesellschaft zur unverzichtbaren Vielfalt des Bildungswesens.

- Die FDP befürwortet die Aufhebung der kommunalen Grenzen in den Kommunen und setzt sich für die Schaffung von Verbundschulen und kostengünstigen Schülertransportes, sowie für innovative Modellen des Public-Private-Partnership, in den ländlichen Kommunen ein.
- Es sind bessere Rahmenbedingungen für ein breiteres Bildungs- und Weiterbildungsangebot mit mehr privaten Bildungsträgern zu schaffen.
- Kommunale Einrichtungen wie Bibliotheken und Kindertagesstätten sollen im Rahmen der örtlichen Möglichkeiten gut ausgenutzt werden und einem bürgerfreundlichen Zeitrahmen zur Verfügung stehen.
- Die FDP tritt dafür ein, dass Sportvereine, die auch die Jugend- und Jugendarbeit annehmen und die neben der sportlichen Betätigung auch wichtige Erziehungsaufgaben wahrnehmen, staatlich gefördert werden.

## Generationen

Es wäre blauäugig, zu denken, dass die demographischen Veränderungen in den öffentlichen Haushalten um die notwendigen Maßnahmen machen werden.

Gerade deshalb sollte über neue Formen der Zusammenarbeit nachgedacht werden.

- Statt schwerfälliger Entscheidungen sollten vielmehr Projekte eine größere Unterstützung erfahren.
- Weiteres Einbehalten, wenn die Zusammenarbeit zwischen Schulen intensiviert wird. Es ist ineffektiv, wenn ein Landkreis und Träger eines Jugendclubs im Winter zwei Gebiete hat, in denen der Jugendclub am Vormittag und die Schule am Nachmittag stattfindet.

Die politischen Auswirkungen der demographischen Entwicklung

der nächsten Jahre zu erwarten, werden regional ihren Niederschlag finden.

Aus diesem Grund wird die Familienpolitik in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen. Ob sich für oder gegen eine Familie und Kinder hängt stark von den Rahmenbedingungen in den Kommunen ab. Vor diesem demographischen Hintergrund fordert die FDP auf kommunaler Ebene dafür ein, Familien Perspektiven zum Verbleiben in ihrem gewohnten Umfeld oder zum

Hierzu gehören:

- familienfreundliche Dienstleistungen
- familienfreundliches Wohnumfeld
- kinderfreundliche Betreuungsstrukturen

Ältere Menschen verdienen eine besondere Achtung und Wertschätzung für die nachwachsende Generation gearbeitet. Sie dürfen, auch wenn sie anders wie Jüngere handeln können, in unserer Gesellschaft nicht benachteiligt werden, sondern haben das Recht, ihr Leben selbstständig zu bestreiten und zu gestalten.

Gerade auf kommunaler Ebene sollte die Politik darauf abzielen, die Lebensleistung der älteren Generation anzuerkennen und sorgfältig für diese Generation zu wirken, sondern auch die Lebenserfahrung für Entscheidungen der Gegenwart nutzbar zu machen. Bedeutet in erster Linie, Senioren in bestimmte Entscheidungen einzubeziehen und damit eine aktive Einflussnahme auf Entscheidungen auf kommunaler Ebene zu erreichen.

Die FDP fordert:

- In der üblichen Wohnsituation ein integratives Konzept des gemeinschaftlichen Lebens zu entwickeln, damit Senioren möglichst lange im eigenen Zuhause leben können.
- Die zahlreichen Angebote müssen übersichtlich zusammengefasst werden, damit sie von denen, die es nutzen können, genutzt werden können. Dabei sollten Angebote der ambulanten und der Tagespflege aufeinander abgestimmt

Für eine adäquate Versorgung in den schwächer besiedelten Regionen sind finanzielle Entlastungen der Gemeinden erforderlich, um Ärzte zu einer dauerhaften Versorgung zu bewegen.

- Durch die Bildung von Gesundheitsgemeinschaften oder / und den Eintritt in Krankenhauskonsortien werden möglichst viele Krankenhausstandorte erhalten.
- Hohe Qualität in der Patientenversorgung, Spezialisierung auf zukunftssträchtige Behandlungsfelder, Sicherung einer dauerhaft hohen Auslastung.